



Hass, Bedrohungen und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger

Über das Thema Hass, Bedrohungen und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger berichten wir regelmäßig. Am 12.02.2024 hat das Landesverwaltungsamt die Ergebnisse einer im vergangenen Jahr durchgeführten Umfrage zu diesem Thema vorgestellt.

I. Auswertung der Kommunalumfrage des Landesverwaltungsamts vom 26.04.2023

Vor dem Hintergrund, dass laut aktueller Studien eine Vielzahl von kommunalen Amts- und Mandatsträgern in Deutschland von Einschüchterung, Gewalt und Hetze betroffen sind, hat sich das Landesverwaltungsamt (LVwA) mit Schreiben vom 26.04.2023 an die Hauptverwaltungsbeamten und Vorsitzenden der Vertretungen mit einem Fragebogen gewandt, um bezogen auf Sachsen-Anhalt in Erfahrung zu bringen, in welchem Umfang sich diese Problematik für einzelne Gruppen von Amts- oder Mandatsträgern ausdifferenziert, welche Ausprägungen die unterschiedlichen Bedrohungen haben, zu welchen möglichen Anlässen und in welchen Kontexten sie häufig entstehen und welche Folgen sie für die betroffenen Personen vor Ort haben.

Die Auswertung dieser Kommunalumfrage erfolgte im Rahmen einer Besprechung am 12.02.2024. An diesem Termin nahmen neben dem Präsidenten und Vertretern des LVwA, Vertreter des Ministeriums für Inneres und Sport, der Verfassungsschutzbehörde, des Landeskriminalamts, der Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet bei der Staatsanwaltschaft Halle, des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Sachsen-Anhalt sowie der Landeszentrale für politische Bildung und die Kommunalen Spitzenverbände teil.

Die wesentlichen Ergebnisse der Umfrage lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Auf die Kommunalumfrage (an 104 Städte und Gemeinden, 18 Verbandsgemeinden und 11 Landkreise) gab es insgesamt 46 Rückmeldungen, davon 28 (von 133) durch Hauptverwaltungsbeamte (HVB) sowie 18 (von 251) durch Vorsitzende der Vertretungen. Der Rücklauf entspricht damit 21 % bei den HVB und 7 % bei den Vorsitzenden der Vertretungen, woraus sich eine Antwortquote von insgesamt 12 % ergibt. Somit sind die Ergebnisse nicht repräsentativ und haben lediglich Indizwirkung.
- Hierbei ergab sich folgendes Bild: Die Mehrheit (17 von 28) der HVB waren im Jahr 2022 von Beleidigungen, Bedrohungen etc. betroffen. Diese erfolgten überwiegend verbal, in sozialen Medien, deutlich weniger Fälle von tätlichen Angriffen/ Körperverletzungen (2) und Sachbeschädigungen (1). Hierbei variiert die Häufigkeit der Vorkommnisse variiert sehr stark von (mehrheitlich) bis zu 5 Vorkommnissen im Jahr bis zu einmal pro Monat. In einem Fall gab es sogar 30 Vorfälle im Jahr 2022. Bei den Mitgliedern der Vertretungen war die Zahl der Übergriffe im Jahr 2022 geringer (lediglich 3 von 18); es gab keine tätlichen Angriffe oder Körperverletzungen und nur eine Sachbeschädigung.

- Anlässe für diese Vorfälle waren überwiegend konkrete Themen aus politischen und gesellschaftlichen Lebensbereichen, z. B. Corona-Maßnahmen, Großprojekte, Migration, Haushaltskonsolidierung, Abwassergebühren, KITA-Beiträge, Nichtbewilligung Bauvorhaben.
- Diese Ereignisse blieben jedoch nicht ohne Auswirkungen auf die Betroffenen, wie beispielsweise Ärger, mentale Belastung und andere gesundheitliche Beeinträchtigungen (psychisch und physisch), Angst vor Übergriffen bei dienstlicher Tätigkeit, Vorsicht mit Blick auf die Familie, Reduzierung der Eigeninitiative, Verrichten des Dienstes nur noch „nach Vorschrift“, Notwendigkeit von (selbst finanzierten) Sicherungsmaßnahmen am privaten Haus, polizeiliche Maßnahmen zum Schutz eines Hauptverwaltungsbeamten.
- Gleichwohl wurden diese Vorfälle von den betroffenen Amts- und Mandatsträgern mehrheitlich nicht zur Anzeige gebracht (lediglich in 6 Fällen). Dies wurde u. a. mit dem hohen Aufwand und den aus subjektiver Sicht eher geringen Erfolgsaussichten begründet.

Das Ergebnis für Sachsen-Anhalt entspricht der Auswertung der regelmäßigen bundesweiten Umfrage des kommunalen Monitorings zu Hass, Hetze und Gewalt (www.motra.info).

Letztlich ist festzustellen, dass der Umgangston gegenüber den haupt- und ehrenamtlichen Amts- und Mandatsträgern in den vergangenen Jahren – während und durch die Corona-Pandemie – vor allem im Internet, aber auch in der realen Welt, rauer geworden und die Hemmschwelle gesunken ist. Infolgedessen ist auch ein deutlicher Anstieg der via Internet begangenen Delikte, insbesondere von Beleidigung und Bedrohung, zu verzeichnen.

II. Mögliche Maßnahmen und Handlungsoptionen bei Bedrohung, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger

Um sich gegen Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger zu wappnen bzw. dagegen vorzugehen, erscheint eine Bündelung von Maßnahmen am Erfolgversprechendsten.

1. So gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Initiativen mit entsprechenden Informationen und Hilfestellung. Hier sei insbesondere „*Stark im Amt – Gemeinsam gegen Hass und Gewalt*“ genannt. Dabei handelt es sich um ein Online-Portal für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die von Beleidigungen, Bedrohungen, tätlichen Angriffen betroffen sind. Das Portal „Stark im Amt“ ist ein Kooperationsprojekt der Körber-Stiftung mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund. Weitere Informationen finden Sie hier: www.stark-im-amt.de .

Zum anderen ist auf die Initiative „*Fairsprechen – Hass im Netz begegnen*“ hinzuweisen, die für Betroffene entsprechende Beratung und Unterstützung anbietet.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der Internetseite: <https://www.fairsprechen.net> .

2. Darüber hinaus hat das Landeskriminalamt im Jahr 2022 das Faltblatt „*Hass und Gewalt – Verhaltensempfehlungen für Amts- und Mandatsträger*“ erarbeitet, das im Jahr 2023 an die Hauptverwaltungsbeamten und die Mitglieder der Vertretungen verteilt wurde. Es ist auch abrufbar unter:
https://polizei.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/Polizei/Praevention/Kriminalpraevention/K-Praeventions-Publikationen_eigene/Gewalt_Amts-_und_Mandatstraeger_2022.pdf.
3. Im Bedarfsfall stehen sowohl die Verfassungsschutzbehörde als auch das Landeskriminalamt für Beratungen der Betroffenen in den Kommunen vor Ort zur Verfügung.
4. Das SIKOSA bietet bislang Schulungen, wie z. B. Deeskalationstrainings, (lediglich) für die Beschäftigten der Kommunalverwaltungen an. Eine Teilnahme von Mandatsträgern ist allerdings möglich. Der Seminarkalender ist abrufbar unter: <https://www.sikosa.de/seminare/seminarkalender/> .
 Eine entsprechende Fortbildung für den Personenkreis der ehrenamtlichen kommunalen Amts- und Mandatsträger ist jedoch möglich, sofern die SIKOSA-Mitglieder hierfür einen Bedarf sehen.
5. Grundsätzlich sollte jeder Vorfall von Bedrohung, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger – unabhängig davon, ob dieser in der realen Welt geschieht oder im Internet – konsequent zur Anzeige gebracht werden. Nur wenn der Vorfall der Staatsanwaltschaft/ Polizei bekannt ist, kann ermittelt und die Strafverfolgung in Gang gesetzt werden. Auch im elektronischen Polizeirevier (E-Revier) kann unter folgendem Link online Strafanzeige – ohne großen Aufwand – erstattet werden: <https://polizei.sachsen-anhalt.de/das-sind-wir/polizei-interaktiv/e-revier/anzeige-erstatten> .
6. Darüber hinaus kann im Hinblick auf Hasskriminalität im Internet unmittelbar bei der Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet Strafanzeige/ Strafantrag gestellt werden. Auch die Zentralstelle empfiehlt allen Betroffenen grundsätzlich Anzeige zu erstatten. Hierbei genügt die Angabe einer ladungsfähigen Anschrift, z. B. die Dienstanschrift des Betroffenen (um zu vermeiden, dass die Privatanschrift publik werden könnte). Die Zentralstelle ist per E-Mail unter der Funktionsadresse zhi@justiz.sachsen-anhalt.de und per Post unter: Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet, Staatsanwaltschaft Halle, Postfach 10 02 56, 06141 Halle zu erreichen.
7. Abschließend weisen wir auf das aktuell überarbeitete Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zu dem Thema hin, das abgerufen werden kann unter: <https://www.dstgb.de/publikationen/positionspapiere/hass-bedrohungen-und-gewalt-gegen-kommunalpolitiker-innen/240123-update-hassbedrohungengewalt.pdf?cid=yfp> .